**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 103 (2009)
**Heft:** 7-8

**Artikel:** Netanyahu bleibt sich gleich
**Autor:** Schnieper, Marlène
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-390071

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 19.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Marlène Schnieper

# Netanyahu bleibt sich gleich

: Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu hat seine Vorstellung von einem Frieden in Nahost umrissen. Die Rede vom 14. Juni sei ein «grosser Schritt für Netanyahu, doch nur ein kleiner für den Friedensprozess», kommentierte Gadi Baltiansky, Direktor der Genfer Initiative in Tel Aviv. Freundlicher kann man es nicht sagen. Der Likud-Premier rang sich zwar erstmals ein säuerliches Bekenntnis zum Zweistaatenprinzip ab. Daneben aber blieb er ganz sich selbst, Gefangener eines rechtszionistischen Denkens, das vor Selbstgerechtigkeit strotzt.

Erneut huldigte Netanyahu der Überzeugung, das jüdische Volk habe ein historisches Recht auf das gesamte Land zwischen Mittelmeer und Jordan, jedes Entgegenkommen in diesem Raum müssten sich die PalästinenserInnen durch Wohlverhalten verdienen. Bewusst hatte Netanyahu für diesen Auftritt die Bar-Ilan-Universität gewählt, einen Hort der Konservativen und Religiösen im sonst eher freigeistigen Tel Aviv. Punkt für Punkt definierte er den friedenspolitisch kleinsten gemeinsamen Nenner, den er seinen Landsleuten heute zutraut. Das Publikum applaudierte, benommen «von pulsierendem Nationalismus, Militarismus und dem Gefühl, das ewige Opfer zu sein», dieser explosiven Mischung, die für den israelischen Schriftsteller David Grossman «Herzschlag des ganzen Vortrags war». Selten sah ich die Zukunft so schwarz.

Unter den ZuhörerInnen sass Netanyahus Vorgänger Ehud Olmert, als Mitglied der Kadima-Partei ebenfalls ein Abkömmling des Likud. In seiner knapp dreijährigen Amtszeit war er mir oft als Zauderer vorgekommen, der den schönen Worten keine Taten folgen liess. Fast wünschte ich ihn mir nun ans Rednerpult zurück. Als Regierungschef hat dieser Mann eine weltanschauliche Kehrtwende gemacht, die zumindest für seine Lernfähigkeit spricht. Er wandte sich vom Unilateralismus ab und lancierte im November 2007 in Annapolis mit Präsident Mahmoud Abbas umfassende Friedensverhandlungen, in die nicht nur die PalästinenserInnen, sondern alle arabischen Staaten einbezogen werden sollten.

Zehn Monate später formulierte Olmert sein politisches Testament. Israel sei in seiner Substanz als jüdischer Staat nur zu retten, wenn sich die Konfliktparteien rasch auf die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates einigten, mahnte er im September 2008 in einem Interview mit der Zeitung «*Yediot Ahronot*». Sein Land habe darum gar keine andere Wahl, als sich zurückzuziehen aus nahezu allen besetzten Gebieten, «auch aus Teilen von Jerusalem». Für jenen Prozentsatz des palästinensischen Territoriums, das Israel behalte wolle, müsse es realen Ersatz im gleichen Umfang bieten. Zudem müssten die Golanhöhen an Syrien zurückgegeben werden, auch dies sei ein Gebot der Stunde, um die moderaten Kräfte in der Region zu stärken, betonte Olmert.

Zu einer Zeit, da seine und die Tage seines Schutzherrn George W. Bush schon gezählt waren, thematisierte dieser Premier auch den eigenen Sinneswandel. Als Hardliner habe er sich der Realität vor Ort jahrzehntelang ver-

schlossen, das sei ein Fehler gewesen, meinte Olmert.

Das war im Herbst. Inzwischen kam es nicht nur in Jerusalem, sondern auch in Washington zu einem Machtwechsel. Bushs Nachfolger Barack Obama räumte dem Nahostdossier von Anfang an höchste Priorität ein. In seiner Kairoer Rede vom 5. Juni versicherte der neue US-Präsident das jüdische Volk und Israel der unverbrüchlichen Freundschaft Amerikas. Den Mord an sechs Millionen Juden im Dritten Reich zu leugnen, sei ignorant und verwerflich. Israel mit Vernichtung zu drohen oder hässliche Stereotypen über Juden zu wiederholen, wecke bei den Israeli die allerschmerzlichsten Erinnerungen und erschwere eine Verständigung der Völker in dieser Region, sagte Obama unter Anspielung auf den iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad und dessen Verbündete. Nicht von der Hand zu weisen sei freilich auch das Leiden der Palästinenser, von Muslimen und Christen. Viele lebten seit sechzig Jahren in Flüchtlingslagern, nie seien diese Leute ihr eigener Herr und Meister gewesen. Die heutige Situation sei untolerierbar. Zwei Staaten für zwei Völker, diese Lösung liege im Interesse Israels, der Palästinenser, Amerikas und der Welt. Der Roadmap, der Strassenkarte zu einem solchen Frieden, hätten die Konfliktparteien längst zugestimmt. «Es ist Zeit für sie und uns alle, die daraus resultierende Verantwortung wahrzunehmen.»

Damit liess Obama schon durchblicken, dass er auch der alten Forderung nach einem vollständigen Baustopp in den jüdischen Siedlungen der Westbank zum Durchbruch verhelfen will. Mittlerweile trat Dan Kurtzer, früherer US-Botschafter in Israel, der Tendenz entgegen, «fehlerhafte Analysen als Fakten auszugeben». Wohl hätten die Israeli 2003 vorgeschlagen, die Errichtung zusätzlicher Wohneinheiten innerhalb bereits überbauter Zonen in diesen Siedlungen zuzulassen, vereinbart habe man aber nichts. Trotzdem habe Israel bald nach seiner eigenen Lesart gehandelt, «vielleicht im Glauben, das Schweigen der USA bedeute Zustimmung». Kurtzer verdeutlichte auch, dass Bush in einem oft zitierten Brief aus dem Jahr 2004 zwar Unterstützung zugesagt habe für Israels Ansinnen, einige «grössere Bevölkerungszentren» im Palästinensergebiet zu behalten, doch auch dies nur unter der Bedingung «beidseits getroffener Übereinkünfte». Kurtzers Stimme hat Gewicht im Weissen Haus. Nicht zufällig erschien sein Leitartikel in der «Washington Post» am 14. Juni.

Solchen Druck sprach Netanyahu an, als er gleichentags unterstrich, Israels Politik müsse der jüngsten Entwicklung auf der internationalen Bühne Rechnung tragen. Indirekt gab er damit zu, dass er im Gegensatz zu Olmert nicht einmal in der Theorie hinzugelernt hat. Direkt bezeugten dies die Forderungen, die er an seinen Friedensplan knüpft. Jerusalem soll die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben. Die PLO hat Israel 1993 im Rahmen des Oslo Vertrags anerkannt. Ehe überhaupt ernsthaft verhandelt wird, soll die palästinensische Führung nun auch noch Israel als «nationalen Staat des jüdischen Volkes» anerkennen. Auf diese Weise sollen Abbas' Unterhändler klarstellen, «dass das Problem der palästinensischen Flüchtlinge ausserhalb der israelischen Grenzen gelöst werden wird». «Wer von uns solche Zugeständnisse à fonds perdu verlangt, sollte lieber gleich sagen, dass er eine ausgehandelte Lösung gar nicht will», ereifert sich Saman Khoury, palästinensischer Ko-Direktor des Forums für Frieden und Demokratie.

«In der Tat», spottet Grossman, «war Netanyahus Rede, wie angekündigt, die Rede unseres Lebens, unserer festgefahrenen, hoffnungslosen Zirkel.» •

*Marlène Schnieper ist Nahostkorrespondentin und lebt in Tel Aviv. (marlene.schnieper@bluewin.ch)*